

Pressemitteilung vom 7. März 2018 per E-Mail

Sehr geehrte Damen und Herren in den Lokalredaktionen,

anbei unsere Pressemitteilung zur Unterschriftenübergabe mit der Bitte um Berichterstattung.

Betonflut ade: Bündnis reicht Unterschriften für Volksbegehren ein – auch zahlreiche aus Starnberg dabei

Die erste Hürde zum Volksbegehren ist genommen: 48.225 Unterschriften wurden am Mittwoch vom Bündnis „Betonflut eindämmen“ an das Innenministerium übergeben. So viele, wie bei keinem anderen Volksbegehren in der jüngsten bayerischen Geschichte. Mit ihren Fahnen und Transparenten stellten sich die Aktiven der vielen Unterstützerverbände symbolisch einem Bagger vor dem Innenministerium entgegen, um die bayerische Heimat zu schützen. Begleitet von Pauken und Trompeten betonten die Bündnisvertreterinnen und -vertreter vor der Übergabe die Dringlichkeit, endlich eine verbindliche gesetzliche Höchstgrenze für den Flächenverbrauch zu schaffen. Bündnissprecher Ludwig Hartmann bedankte sich stellvertretend bei allen Unterzeichnenden: „Gemeinsam haben wir dieses wichtige Volksbegehren über die erste Hürde gehoben. Knapp 50.000 gültige Unterschriften sind ein starkes Signal, wie wichtig den Menschen in Bayern der Schutz unserer Natur und Kulturlandschaft – unserer Heimat – ist. Bayern droht sein Gesicht zu verlieren. Die klare Begrenzung des Flächenverbrauchs ist die einzige Möglichkeit, die Betonflut wirksam einzudämmen.“

Auch im Landkreis Starnberg ist der hohe Flächenverbrauch immer wieder ein vieldiskutiertes Thema, so auch bei der kommenden Veranstaltung "Unsere Heimat - beschädigt durch Flächenfraß und Pflanzengift" am Montag, den 19.03. 19.30 Uhr im Gautinger Bosco. Der Grüne Kreisverband und die Ortsverbände konnten viele Bürgerinnen und Bürger dafür gewinnen, ihre Unterschrift fürs Volksbegehren abzugeben. Kreisvorsitzende Kerstin Täubner-Benicke sieht durch das Volksbegehren einen Nerv der Zeit getroffen: „Das Volksbegehren ist eine Notbremse, die den ungezügelten Flächenfraß aufhalten kann. Klar ist, Gemeinden müssen planen können. Aber wir wollen, dass man nachdenken muss, bevor man neue Gebiete ausweist und der Bagger kommt.“

In München prüft das Innenministerium nun den Zulassungsantrag. Ist das Gesetz aus seiner Sicht zulässig, muss es einen zweiwöchigen Eintragungstermin benennen. Der beginnt frühestens acht, spätestens zwölf Wochen nach Bekanntgabe. Kommt das Innenministerium zu dem Ergebnis, dass der Gesetzentwurf gegen die Verfassung verstößt, kommt der Bayerische Verfassungsgerichtshof ins Spiel. Dort wird binnen drei Monaten eine Entscheidung getroffen. Gibt es grünes Licht, muss vier Wochen nach der Entscheidung der Eintragungstermin festgelegt werden. Bündnissprecher Ludwig Hartmann: „Dann heißt es volle Kraft voraus. Rund eine Million Menschen müssen innerhalb von zwei Wochen in den Rathäusern unterschreiben. Wir sind sehr zuversichtlich, dass wir es gemeinsam schaffen, unsere Heimat zu bewahren.“

Fotos zur freien Verwendung ohne Urhebernennung gibt es hier zum Herunterladen:
<https://www.dropbox.com/sh/9g5icmz00xvdu/AADhhv21h9CCF-szD8nfuiFRa?dl=0>

Mehr Infos zum Volksbegehren und dem Trägerkreis: <https://betonflut-eindaemmen.de/>

V.i.S.d.P. Kerstin Täubner-Benicke, Kreisvorsitzende B90/Die Grünen – Am Mühleich 2 – 82319 Starnberg –
Tel. 0151 12673730